



Vermeintliche Integrationsverweigerung als Begründung für Debatte um Gesetzesverschärfung

Parlamentarische Initiativen von Sevim Dagdelen, Frank Tempel, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Halina Wawzyniak, Jörn Wunderlich, 20. April 2016

20.04.16 - Kleine Anfrage - Drucksache Nr. 18/8154

Wieder einmal will Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vermeintlich integrationsunwilligen Migranten mit Sanktionen belegen; diesmal soll es Flüchtlinge treffen. Ihnen soll ein dauerhafter Aufenthalt versagt werden, wenn sie Deutschkurse verweigern und Arbeitsangebote ausschlagen. Empirische Belege für die Unterstellung, es gebe eine bedeutende Zahl von "Integrationsverweigerern" in Bezug auf die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs gibt es auch heute nicht.

Herunterladen als PDF

Hierzu liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 18/08539 vor. **Antwort als PDF herunterladen**

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!